

Arbeiter*innenstandpunkt:

Die Geschichte des österreichischen Trotzismus 1927-1950 seine Geschichte, seine Politik, sein Kampf

Niemals gebrochen!

Der Trotzismus - benannt nach dem Führer der russischen Revolution 1917 Leo Trotzki - gründet auf den Lehren der revolutionären ArbeiterInnenbewegung. Trotzki entwickelte die Lehren von Marx und Lenin weiter und kämpfte in der Sowjetunion in den 1920er Jahren gegen die aufkommende bürokratische Diktatur Stalins. Trotz Verfolgung durch die GESTAPO der Nazis und den sowjetischen Geheimdienst bauten die TrotzistInnen die Vierte Internationale als revolutionäre Alternative zu Sozialdemokratie und Stalinismus auf, deren Ziel im Sturz des Imperialismus und herrschender Bürokratie und dem Aufbau eines auf basisdemokratischen Räten gründenden ArbeiterInnenstaates besteht. Diesen Kampf setzt heute unsere Organisation - die Gruppe ArbeiterInnenstandpunkt - und unsere internationale Tendenz, die Liga für eine revolutionär-kommunistische Internationale, fort.

Der Trotzismus ist in Österreich - wie auch in anderen Ländern - in den späten 1920er Jahre aus der kommunistischen Partei hervorgegangen. Einfluss und Gewicht des Trotzismus blieben in der österreichischen ArbeiterInnenbewegung relativ bescheiden. Eine Isolierung, die sich die TrotzistInnen nicht selbst ausgesucht haben: 1933 durch die Dollfuß-Regierung verboten, wurden die TrotzistInnen so wie die gesamte österreichische ArbeiterInnenbewegung in die Illegalität gedrängt.

Während die reaktionäre antisemitische Massenhysterie nach dem Einmarsch des "Führers" im März 1938 ihren Höhepunkt entfaltete, kapitulierten die TrotzistInnen nicht: Sie lösten ihre Organisationen nicht auf. In strengster Illegalität, ständig in Gefahr, von der Gestapo ertappt zu werden, bauten sie in Wien ihre Organisationen auf, organisierten Treffen, gaben ihr illegales Propagandamaterial heraus. Nicht ohne Opfer: Franz Kascha und Joschi Jakobovits, Mitglieder der Gruppe "Gegen den Strom" fielen der Gestapo in die Hände. Der faschistische "Blutsenat" machte ihnen zum Vorwurf, einen "Hochverrat vorzubereiten", und verurteilte sie im Wiener Landesgericht zum Tode.

Den TrotzistInnen war es verwehrt, von der wiedererlangten Freiheit nach 1945 zu profitieren, der sich Sozialdemokratie und KPÖ erfreuen konnten. Ostösterreich war durch die Rote Armee besetzt. Die TrotzistInnen waren gezwungen, weitere 10 Jahre bis zum Abschluss des Staatsvertrages 1955 im Untergrund zu wirken. Das bedeutete, vorsichtig zu agieren, um nicht von den heimischen StalinistInnen enttarnt und an die sowjetischen Besatzungsbehörden überführt zu werden.

Die Gefahren, die den österreichischen TrotzistInnen durch den Stalinismus drohten, waren durchaus real: der österreichische Arbeiter und Revolutionär Karl Fischer ist als "Trotzkist" - was für die in Österreich stationierten stalinistischen Beamten gleichbedeutend mit "Faschist" war - im Winter 1947 durch den stalinistischen Geheimdienst nach Sibirien in den Gulag verschleppt worden. Fischer musste in den Lagern 8 Jahre lang Zwangsarbeit verrichten.

Warum Trotzismus?

Die TrotzistInnen entstanden, um für eine neue revolutionäre Führung in der österreichischen ArbeiterInnenbewegung zu kämpfen, da die Sozialdemokratie spätestens seit ihrer Kriegsunterstützung für die Habsburger Monarchie zu Beginn des 1. Weltkrieges 1914 aufgehört hat, eine revolutionäre Kraft zu sein. Andererseits wurde aus der KPÖ - wie die gesamte Kommunistische Internationale - eine bürokratisierte-stalinisierte Partei, die immer mehr bürokratischen Eigeninteressen gehorchte. Im Gegensatz zur Sozialdemokratie war die KPÖ im herrschenden bürgerlichen System der ersten Republik nicht integriert. Ihre bürokratische Degeneration war also nicht die Folge der Einbindung in den Kapitalismus, sondern eng mit der entstehenden Bürokratie in der nachrevolutionären Sowjetunion verknüpft. Die Politik der sowjetischen Bürokratie war keineswegs mehr ident mit den objektiven Interessen der ArbeiterInnenklasse, da sie in der Sowjetunion die ArbeiterInnendemokratie unterdrückte und international nicht mehr für den Sturz des Kapitalismus kämpfte. Vielmehr verteidigte sie ihre bürokratischen Eigeninteressen und Privilegien. In der Außenpolitik begann die Sowjetbürokratie, bürgerliche Regimes

zu unterstützen. In China hatte 1927 die Stalin-Bucharin-Führung die chinesische Nationalbourgeoisie bedingungslos unterstützt, obwohl diese die revolutionäre Erhebung des chinesischen Proletariats blutig niederschlug.

Der Beginn der Linksoption

Die Entstehung des österreichischen Trotzismus ist eng mit dem Namen Josef Frey verbunden. Frey - ein Führer der KPÖ - führte einen Fraktionskampf innerhalb der KPÖ und wurde infolgedessen im Jänner 1927 von der Parteiführung zusammen mit anderen Weggefährten aus der KPÖ ausgeschlossen. Anschließend gründete er, gemeinsam mit Kurt Landau, eine neue Organisation, die KPÖ (O), wobei das O für Opposition stand. Landau war Mitglied des "kommunistischen Jugendverbandes" (KJ), die KJ und die Partei schlossen ihn aber aufgrund seiner Sympathie für die russische Linksoption aus.

Bei ihrer Gründung zählte die KPÖ (O) immerhin an die 100-150 Mitglieder, darunter hauptsächlich ArbeiterInnen und nur wenige Intellektuelle. Die überwiegend proletarische Zusammensetzung und der geringe Anteil an Intellektuellen war ein bis in die 1960 Jahre geltendes Merkmal der kleinen trotzkistischen Gruppen. Da die KPÖ nicht mehr als 3000 Mitglieder zählte, war die Position der linken Opposition gegenüber der KPÖ stärker als üblicherweise angenommen wird.

Die gegründete österreichische Linksoption erkannte die bürokratische Degeneration der Kommunistischen Internationale (Komintern) und ihrer nationalen Sektionen. Die Linksoption sah auch die damit verbundenen Gefahren, die für die kommunistischen Parteien daraus entstanden. Die Linksoption schrieb aber diese Parteien nicht kampflos ab, sondern kämpfte im Gegenteil für deren Reformierung. Angesichts der Tatsache, dass in vielen Ländern der fortgeschrittenste Teil der ArbeiterInnen sich auf die Komintern orientierte und die Bürokratie ihren Griff auf die Parteien noch nicht völlig gefestigt hatte, war diese strategische Orientierung auch absolut richtig. Doch mit dem weltpolitisch bedeutsamen Versagen der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) im Kampf gegen den Hitler-Faschismus und der kritiklosen Unterstützung des KPD-Kurses durch die Komintern änderte sich dies. Viele ArbeiterInnen wendeten sich enttäuscht von der Komintern ab und ihre nun vollständig zu Handlangern der Moskauer Bürokratie gewordenen Parteien entwickelten sich rasch in eine reformistische Richtung. Damit entstand die Notwendigkeit, für neue revolutionäre Parteien und eine neue Internationale zu kämpfen.

Dem Unterfangen, die bürokratisierten kommunistischen Parteien zu reformieren, standen auch der KPÖ (O) mächtige Hürden im Wege, die nur sehr schwer zu überwinden waren. Das Haupthindernis stellte die Parteiführung der KPÖ dar, da diese kurzerhand die Oppositionellen ausschloss. Zuvor (1924) hatte das Zentralkomitee - die Leitung der KPÖ - gemäß der Mehrheitsverhältnisse in der russischen Partei den "Trotzkismus" einstimmig verurteilt. Anstatt eine demokratische innerparteiliche Diskussion über die neue Politik der Komintern zuzulassen, unterdrückte die Parteiführung jede kritische Wortmeldung und schloss alle Oppositionellen aus, obwohl diese in keinster Weise die Parteidisziplin brachen. Nach ihrem Ausschluss konnten die TrotzistInnen nur mehr von außen, nicht von innen auf die Politik der offiziellen Partei Einfluss nehmen. Mitte der 1920er Jahre setzte auch die Hetzkampagne der KPÖ gegen die Opposition ein, die dann in den 1930er Jahren zu einem Vernichtungskampf gegen die TrotzistInnen ausartete. Um einen Eindruck der durch die Rote Fahne, dem Organ der KPÖ, eröffneten Verleumdungskampagne gegen die TrotzistInnen zu bekommen, ein Zitat. So hieß es (1927) u.a. "...bei dem Lumpen Frey bedeutet sogar das Ausspucken eine Ehrenbezeichnung."

Gegen den Reformismus kämpfen - aber wie?

Worin unterschieden sich nun die TrotzistInnen von der KPÖ? Auf ihrer Gründungskonferenz hat die Opposition erklärt und sich zum Ziel gesetzt: "die österreichische Arbeiterbewegung vom Reformismus zu befreien". Der zentrale Streitpunkt zwischen den österreichischen TrotzistInnen und der KPÖ betraf infolgedessen die Taktik der schwachen kommunistischen Partei gegenüber einer starken Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP). Eine Frage, die auch heute noch eine wesentliche Rolle in der Linken spielt und deshalb genauer behandelt werden soll.

Die KPÖ(O) forderte, dass sich die Partei nicht auf die bloße Entlarvung der sozialdemokratischen Politik beschränken dürfe, die mit einer weitgehenden Passivität gegenüber den sozialdemokratischen AktivistInnen verbunden war. Doch diese hatten noch große Illusionen in ihre Parteiführung. Vielmehr müsse man daher die SDAP - sowohl Basis als auch Führung - zu gemeinsamen Aktionen für konkrete Reformen auffordern. Denn die ArbeiterInnenklasse kann letztendlich nur durch praktische Erfahrungen

in Aktionen ihr reformistisches, bürgerliches Bewusstsein überwinden. Gleichzeitig müssten KommunistInnen aber vor dem Verrat der sozialdemokratischen Parteiführung warnen und versuchen, die Basismitglieder von der SDAP wegzubrechen und für den Aufbau einer revolutionären Partei zu gewinnen. Die Komintern systematisierte am 3. Weltkongress (1921) die revolutionäre Einheitsfronttaktik. (Nicht uninteressant ist dabei die Tatsache, dass Frey der einzige der KPÖ-Führer war, der die Einheitsfronttaktik vorbehaltlos unterstützte).

Die Periode der Einheitsfrontarbeit war für die KPÖ eine Periode, in der fruchtbare Ansätze unternommen wurden, um aus dem "Hinterhof der österreichischen Arbeiterbewegung" (Trotzki) hinauszukommen. Eines von mehreren Beispielen für die zunehmende Mobilisierungskraft der Partei war die 30.000 TeilnehmerInnen zählende Demonstration gegen das Genfer Sanierungspaket (1922). Dies war die größte Einzelaktion der KPÖ der Nachkriegsgeschichte, die dadurch zustande gekommen ist, weil die SP-Parteiführung den Vorschlag der KPÖ-Führung (in dieser Phase spielte Frey eine maßgebliche Rolle in der Führung) zurückgewiesen hatte.

Stalinismus

Ab 1924 wurde die revolutionäre Einheitsfrontarbeit der KPÖ durch die zunehmend stalinistische Komintern-Führung eingestellt. Ultralinke und rechtsopportunistische Wendungen wechselten, um 1927 in der ultralinken "Sozialfaschismus"-Theorie zu münden. Diese bezeichnete die Sozialdemokratie als bloßen "Zwilling" des Faschismus, den es dementsprechend zu bekämpfen galt. Für die KPÖ hatte dies besonders tragische Folgen. Zwar war die Putschperiode abgeschlossen, doch der von nun an eingeschlagene Kurs war mit seiner grundsätzlichen Ablehnung der Einheitsfrontpolitik sehr ähnlich. Mit der "Faschisierungstheorie" der Sozialdemokratie versperrte sich die KPÖ zu den sozialdemokratischen Massen, die es zu erreichen galt. Daher lehnte sie die Forderungen der TrotzkiInnen ab, eine Einheitsfrontpolitik gegenüber der SDAP nach dem Motto "gemeinsamer Kampf um gemeinsame Interessen" zu verfolgen. Erfolglos warnten die österreichischen TrotzkiInnen in ihrem Organ "Arbeiter-Stimme" davor, dass sich die KPÖ ins Abseits begibt und dem tatsächlichen Faschismus wehrlos gegenübersteht.

Die StalinistInnen quittierten die Vorschläge der TrotzkiInnen mit endlosen Denunzierungen. Um sich die Mühe der Argumentation zu ersparen, beschuldigte die KP-Führung die TrotzkiInnen als "Geheimspitzel", ohne freilich auch nur einen einzigen Beweis vorlegen zu können. Die Einheitsfrontvorschläge, welche die TrotzkiInnen der KPÖ unterbreiteten, waren für die StalinistInnen "Schwindelmanöver einer Zutreibergruppe Otto Bauers" (Otto Bauer war der Führer der SDAP).

Dabei eröffnete die objektive Klassenkampflage in Österreich vor dem Februar 1934 der KPÖ Möglichkeiten zu wachsen, nachdem die Sozialdemokratie Schritt für Schritt vor dem wachsenden Faschismus und staatlicher Reaktion zurückgewichen ist - vorausgesetzt, die KPÖ hätte eine richtige Politik betrieben. Das Beispiel des steirischen Heimwehrputsches (1931) und des 6-wöchigen Grünbacher Bergarbeiterstreiks veranschaulichen, wie der "Sozialfaschismuswahn" (Frey) der KPÖ dazu beitrug, dass sich diese selbst schwächte, anstatt die reformistische Rückzugspolitik auszunutzen (worum es in der Einheitsfrontpolitik eigentlich ging und geht).

Anlässlich des Heimwehrputsches weigerte sich die KPÖ, der sozialdemokratischen Führung ein Angebot zur Abwehr des Putsches zu machen, nur um dann schließlich selbst passiv zu bleiben. Auch im Fall der KPÖ sieht man analog zur KPD, wie die "Faschisierungstheorie" der Sozialdemokratie Vorschub leistete, den wirklichen Faschismus zu verkennen, um letztendlich vor ihm zu kapitulieren. Interessant ist die Begründung, welche die stalinistischen FührerInnen dafür lieferten, der reformistischen Parteiführung kein Aktionsangebot zu unterbreiten. Wie viele Linke auch heute noch meinte die Rote Fahne: "...die SP wäre durch ihre Tatenlosigkeit bereits entlarvt".

Richtig daran ist, dass die Sozialdemokratie gegen den Faschismus nicht kämpft bzw. nicht konsequent kämpft. Aber was war mit der fortgeschrittenen Minderheit sozialdemokratischer ArbeiterInnen in der Steiermark, die nicht nur kampfbereit waren, sondern sich auch ausdrücklich an ihre Führung wandten, weil sie von ihr eine Hilfe erwarteten? Es war ein Trugschluss anzunehmen, die reformistischen ArbeiterInnen hätten die "Tatenlosigkeit" ihrer Führung erkannt. Mit einem Einheitsfrontangebot hätten die KommunistInnen an Einfluss unter diesen AktivistInnen gewinnen können, doch davon war die KPÖ weit entfernt.

Beim Grünbacher Bergarbeiterstreik (1932) stellte die KPÖ neben dem sozialdemokratischen Streikkomitee ein eigenes kommunistisches Streikkomitee auf. Dies entsprach ihrer Linie, die Einheitsfront mit der Sozialdemokratie abzulehnen, anstatt dessen selbständige "reine" kommunistische Gewerkschaft-

ten, Arbeitslosenkomitees etc. aufzubauen. Doch mit dieser Spaltung wurde ein möglichst geschlossener, breiter Streik unmöglich. Statt den Streik gemeinsam mit den sozialdemokratischen ArbeiterInnen zu organisieren, isolierten sich die KommunistInnen selber und erleichterten es dadurch der reformistischen Streikführung wie auch der Betriebsleitung, den Streik abzuwürgen.

Aufschlussreich für das Scheitern der ultralinken Linie der KPÖ sind die Ergebnisse der darauffolgenden Betriebsratswahlen. Denn da waren nicht die KommunistInnen diejenigen, die imstande waren, aus der reformistischen Abwiegelei Nutzen zu ziehen, sondern es waren die Nazis, die einen Stimmenzuwachs zu verzeichnen hatten. Ebenfalls aufschlussreich sind die Gesamt-ergebnisse dieser Politik: die Mitgliederzahlen (an die 3000) stagnierten, die aktiven kommunistischen Betriebszellen schrumpften und wurden immer bedeutungsloser.

Widersprüche und Schwächen der Linksoption

Im Zusammenhang mit der Einheitsfrontfrage ist die von Trotzki geäußerte Kritik hinsichtlich der Wahltaktik der KPÖ (O) interessant, die (ausgenommen der kritischen SP-Wahlunterstützung 1927) für die KPÖ aufrief, was Trotzki grundsätzlich unterstützte. Trotzki kritisierte die Opposition aber deshalb, weil sie in der KPÖ nicht für eine Wahlempfehlung für die ReformistInnen eintrat. Mit diesem Einwand wies Trotzki darauf hin, dass die Einheitsfronttaktik auch bei den Wahlen anzuwenden ist - eine weitere Frage, die vom Großteil der zentristischen Linken nicht verstanden wird.

Aber so zutreffend die von der trotzkistischen Opposition vorgebrachten Einwände gegen die ultralinke Linie der KPÖ auch waren - sie sahen sich außerstande, daraus Nutzen zu ziehen. Nur wenige kommunistische ArbeiterInnen waren der Kritik der TrotzkiInnen gegenüber der Parteiführung zugänglich oder traten in die Reihen der KPÖ (O) über.

Die Ursachen dafür sind nicht nur alleine in der Repression durch die kommunistische Parteiführung zu suchen, die relativ erfolgreich die Opposition von der Parteimitgliedschaft isolierte. Ein wesentlicher Grund dafür, weshalb die Opposition schwach und isoliert blieb, war ihre innere spannungsgeladene Situation. Frey, dessen autoritäre Züge durchschlugen, schloss Landau aus politisch zweifelhaften Gründen aus (1928), obwohl die in der Opposition auftauchenden Differenzen einen Platz innerhalb einer Organisation hätten (z.B. welchen Weg die bürgerliche Konterrevolution in der Sowjetunion nehmen könne).

Folglich standen sich zwei linksoppositionelle Strömungen als eigenständige Gruppierungen gegenüber: neben der KPÖ (O) entstand der Mahnruf, der hauptsächlich in der Steiermark verankert war und dort bei seinen Eigenkandidaturen besser als die KPÖ-KandidatInnen abschnitt. Zweifellos hat die Spaltung die Opposition geschwächt. Ein weiterer, weitaus folgenschwerer Rückschlag war die Weigerung der beiden Gruppen, der Aufforderung der Internationale Linksoption (ILO) nachzukommen und sich ihr als vereinigte Organisation anzuschließen. Die ILO ging zu Recht davon aus, dass die Spaltung politisch nicht gerechtfertigt war. Doch die Vereinigung scheiterte an dem "Fall Kernmayer", der Mitglied der KPÖ (O) war, den die Mahnruf-Gruppe jedoch als eingeschleusten Heimwehrspitzel ansah. In Wirklichkeit fehlte den beiden Gruppen der Wille, ihre kleinlichen Differenzen dem Kampf für das revolutionäre Programm und den Aufbau einer Internationalen unterzuordnen.

Seit dieser gescheiterten Episode, in der Frey versucht hatte, die nationale Beschränktheit zu überwinden und einen Anschluss an die Internationale anzustreben, führte er mit dem Kampfbund (so nannte sich die KPÖ(O) seit 1934) eine nationale, auf Österreich beschränkte Sonderexistenz. Dies ist deshalb bemerkenswert, weil die Differenzen des Kampfbundes zur internationalen Linksoption nicht schwerwiegender waren, als sie z.T. innerhalb der ILO existierten. Darüber hinaus hat der Kampfbund selbst stets darauf verwiesen, in der 1938 gegründeten Vierten Internationale eine revolutionäre Kraft zu sehen, eine Einschätzung, an der Josef Frey auch nach dem Ende des zweiten Weltkrieges festgehalten hat. Kurz, die nationale Borniertheit Freys sollte ein zentrales Merkmal seiner Politik werden, die das spätere Abgleiten in den Zentrismus unvermeidlich machte. Denn eine revolutionäre Partei und Programm können aufgrund des grundsätzlich internationalen Charakters des Kapitalismus und damit auch des Klassenkampfes nur international existieren.

Josef Frey: Die Lehren des Februar

Kommen wir zu den Ereignissen des Februar 1934. Die Führungen der beiden ArbeiterInnenparteien - KPÖ und SDAP - verhielten sich im Februar 1934 nicht anders als in Deutschland. Die reformistische Parteiführung kapitulierte bedingungslos vor dem Staatsstreich durch die Dollfuß-Heimwehr-Regierung. Die KPÖ sah - wie die KPD 1933 - die Zerschlagung der Organisationen der ArbeiterInnenbewegung

als Voraussetzung dafür an, dass die ArbeiterInnenklasse für die Revolution zu kämpfen beginne. Doch in einer Hinsicht unterschieden sich die österreichischen von den deutschen Ereignissen: Teile der durch den Schutzbund bewaffneten ArbeiterInnenklasse (der Schutzbund war die Miliz der SDAP) nahmen die Kapitulation der sozialdemokratischen Führung nicht hin, griffen zu den Waffen und führten einen verzweifelten Abwehrkampf. Josef Frey fasste von einem marxistischen Standpunkt aus die Lehren des Februar 1934 zusammen, deshalb wollen wir daraus zitieren. Frey zog aus dem Aufstand folgende Schlussfolgerungen: "...eine Aktion der bewaffneten Avantgarde muss der revolutionären Massenaktion untergeordnet sein..., ohne das ist und bleibt die heroische Aktion der bewaffneten Avantgarde politisch ein Abenteuer". Frey weiter: "...das erste Grundgesetz eines wirklichen Aufstandes ist der Angriff." Und da eine "organisierte revolutionäre Massenaktion nur von einer proletarischen Klassenpartei geführt werden kann", besteht die vordringliche Aufgabe, "eine proletarische Revolutionspartei herauszubilden".

Die "proletarische Revolutionspartei", der Kampfbund, hat nach seiner Gründung 1934 im verschneiten Wienerwald, die illegale Arbeit aufgenommen. Die TrotzkiInnen waren von nun an gezwungen, für mehr als 20 Jahre in der Illegalität zu wirken. Der Mahnruf überstand im Gegensatz zum Kampfbund die Repression der christlich-sozialen Heimwehr-Diktatur nicht und löste sich auf. Dollfuß und die Heimwehr unterdrückten alle legalen ArbeiterInnenorganisationen. Doch die ArbeiterInnenklasse und v.a. ihre kämpferischsten und bewusstesten Elemente waren nicht vollständig geschlagen. In der Illegalität gründeten sich die "Revolutionären Sozialisten" (RS), eine nach links gehende, zentristische Abspaltung von der SDAP; die KPÖ war rege aktiv und konnte innerhalb kurzer Zeit stark anwachsen und auch der bewaffnete Schutzbund war - bis zu seiner Auflösung durch die KPÖ und den RS (1936/1937) - existent.

Trotzkismus und der Eintritt von RevolutionärInnen in eine sozialdemokratische Partei

1934 gingen die TrotzkiInnen der Vierten Internationale in Frankreich dazu über, den Eintritt (Entrismus) in die reformistische Partei durchzuführen, wobei sie innerhalb der Partei mit ihrem eigenen revolutionären Aktionsprogramm kämpften, um die nach links gehenden AktivistInnen in der SP für den Aufbau einer revolutionären Partei zu gewinnen. Ob sich RevolutionärInnen dafür entscheiden, innerhalb einer reformistischen Partei die Arbeit aufzunehmen, hängt von einer Reihe von zu berücksichtigenden Umständen ab: Wie weit ist es möglich, innerhalb der Partei offen für revolutionäre Positionen einzutreten; gibt es einen sich nach links entwickelnden Flügel usw. Frey und der Kampfbund lehnten jedoch den Entrismus im Gegensatz zur Vierten Internationale aus prinzipiellen Erwägungen ab. Nach Ansicht von Frey wäre ein Entrismus in eine "klassenfremde Partei" wie die Sozialdemokratie nicht zulässig, denn er führe dazu, sich anzupassen. Darin widerspiegelte sich nicht zuletzt sein Unverständnis der Sozialdemokratie: Er hielt sie bloß für eine kleinbürgerliche Partei statt eine bürgerliche ArbeiterInnenpartei - also eine sich auf die ArbeiterInnenklasse stützende Partei, die jedoch von einer mit dem Kapitalismus verbundenen Bürokratie dominiert wird.

Freys Argumentationsweise spielte unter den österreichischen TrotzkiInnen noch in der Nachkriegszeit eine große Rolle, als sich eine Mehrheit der 1946 gegründeten IKÖ (Internationale KommunistInnen Österreichs) bis 1954 aus den gleichen Gründen wie Frey dagegen wehrte, einen Entrismus in die SPÖ durchzuführen. Allerdings argumentierte Frey nicht gegen einen individuellen Eintritt oder von Teilen der Partei von RevolutionärInnen. Er meinte nämlich, die Partei - "der Parteikern" - als solche könne bzw. dürfe nicht in eine sozialdemokratische Partei eintreten, da die "revolutionäre Klassenpartei ihre Unabhängigkeit bewahren" müsse. Die französische Sektion der Vierten Internationale trat als Ganzes ein.

Jedoch betrieb die Vierte Internationale den Entrismus nicht unüberlegt. Sie war sich des Problems einer Anpassung an das sozialdemokratische Milieu durchaus bewusst. Wie schon erwähnt war eine Bedingung die Freiheit der kommunistischen Propaganda, welche der reformistischen Parteibürokratie natürlich ein Dorn im Auge war und sie deshalb ständig versuchte, diese zu unterdrücken. Ein Blick zurück in die französischen Verhältnisse Mitte der 1930er Jahre zeigt, dass unter gewissen Umständen die reformistische Parteiführung nicht immer in der Lage ist, ihre KritikerInnen mundtot zu machen, wie sie es in Zeiten des Klassenfriedens tun kann.

Nach der österreichischen und deutschen Katastrophe drängten die französischen ArbeiterInnenmassen nach Einheit, nach Überwindung der Spaltung (ein Echo davon war, dass RS und KP zwischen 1935/1936, eine Fusion anstrebten, deren Grundlage jedoch reformistisch war) und wurden gegenüber ihren Führungen selbstbewusster und kämpferischer. Das zeigte, weshalb Freys prinzipielle Einwände falsch waren und weshalb RevolutionärInnen unter gewissen Voraussetzungen als RevolutionärInnen und nicht als verkappte ReformistInnen innerhalb der reformistischen Partei arbeiten können.

Der Entrismus war eine Anwendung der Einheitsfront, um den Reformismus innerhalb und nicht außerhalb der reformistischen Partei zu bekämpfen. Was den Entrismus in Österreich anlangt, war ein Eintritt in die KPÖ aufgrund ihres aggressiven Antitrotzkismus unmöglich, dagegen bei den RS durchaus realistisch. Eine aktive Intervention durch RevolutionärInnen in diesem sich nach links bewegenden Milieu, das dabei war, die Februar-Niederlage der Sozialdemokratie politisch aufzuarbeiten, wäre unter Umständen auf fruchtbaren Boden gestoßen. Das Ausmaß dieser Radikalisierung nach links wird deutlich, wenn man sich folgende Tatsachen vor Augen hält:

So gelang es der KPÖ, in der Illegalität zu einem entscheidenden Faktor in der ArbeiterInnenbewegung zu werden. Viele Jugendliche aus der Sozialdemokratischen Arbeiterjugend (SAJ) und der Gewerkschaftsjugend traten zu ihr über - ihre Mitgliedschaft wuchs binnen kurzem von 3.000 auf ca. 15.000 an. Tausende verurteilten die reformistische Politik der sozialdemokratischen Parteiführung und auch den Stalinismus und bildeten die "Revolutionären Sozialisten". Dadurch konnte sich auch der Kampfbund stärken. Nach Schätzungen Franz Drexlers - damals Mitglied des Kampfbundes und später der IKÖ - hatte der Kampfbund aus dem illegalen Schutzbund an die 30 Mitglieder gewinnen können (insgesamt zählte der Kampfbund bis 1937/38 an geschätzte 80 Mitglieder).

Die Ablehnung des Entrismus war sicherlich ein Fehler. Auch wenn das genaue Ausmaß der Wachstumsmöglichkeiten natürlich schwer im Nachhinein auszumachen ist, so spricht doch alles dafür, dass hier gute Möglichkeiten für einen wichtigen Schritt im Aufbau einer revolutionären Partei ausgelassen wurden.

Gegen Faschismus, Krieg und Stalinismus

Die Volksfront-Politik des Stalinismus

Der von der stalinistischen Bürokratie vollzogene Schwenk zur Volksfrontpolitik 1935 beruhte auf folgendem Kalkül: Nachdem der Faschismus in Deutschland gesiegt hatte, drohte der UdSSR ein Angriff Hitler-Deutschlands. Die Volksfrontpolitik war ursprünglich als Verteidigungsstrategie konzipiert, um die UdSSR vor Nazi-Deutschland zu schützen. Sie sollte außerhalb der UdSSR Bündnisse mit den "demokratischen antifaschistischen Fraktionen" der imperialistischen Weltbourgeoisie - konkret mit den herrschenden Klassen des bürgerlich-demokratischen Frankreichs und Großbritanniens - sichern.

Ein solches Bündnis mit der Bourgeoisie war an sich schon in der von Stalin 1924 formulierten Theorie des "Sozialismus in einem Land" angelegt. Denn wenn der Sozialismus in einem Land tatsächlich aufgebaut werden kann, so stellt sich für eine ArbeiterInnenpartei nicht mehr die vordringliche Aufgabe, eine internationale Revolution der ArbeiterInnenklasse zu fördern. So betrachtet war es für die StalinistInnen daher nicht notwendig, beim Kampf gegen den Faschismus und der Bedrohung der UdSSR zentral auf die Mobilisierungen der ArbeiterInnenklasse zu setzen. Gemäß der stalinistischen Volksfrontstrategie konnte der Faschismus ja durch das Bündnis mit der "antifaschistischen" Bourgeoisie abgewehrt werden.

Tatsache ist hingegen, dass überall, wo die StalinistInnen eine Volksfrontpolitik mit den "antifaschistischen" bürgerlichen Parteien betrieben - ob nun in den 1930er Jahren in Frankreich, Spanien oder später in Chile (1973), diese kläglich gescheitert ist. Überall ebnete die Volksfrontpolitik den Weg für Faschismus und Reaktion, anstatt diese zu bekämpfen. Warum also verfolgten bzw. verfolgen die stalinistischen Führungen diese in die Niederlage führende bürgerliche Volksfrontpolitik und keine revolutionäre Politik? Die Spitzen der stalinistischen Bürokratie waren ja an sich nicht daran interessiert, eine Niederlage nach der anderen einzufahren.

Die Bürokratie handelte bzw. handelt aber trotzdem rationell, d.h. im Sinne der Sicherung ihrer Interessen. Um den Faschismus zu verhindern, war und ist eine sozialistische Strategie erforderlich: d.h. breite, parteiübergreifende ArbeiterInnenmobilisierungen, Streiks etc. gegen den Faschismus ohne Rücksicht auf verschreckte UnternehmerInnen, Verbindung des Kampfes gegen die Reaktion mit dem für die unmittelbaren Interessen der ArbeiterInnenklasse (z.B. Arbeit für alle, ausreichender Mindestlohn), Zerschlagung der Nazis durch ArbeiterInnenmilizen statt zu warten und an den bürgerlichen Staat zu appellieren, Enteignung des Großkapitals und Kampf für die Kontrolle des Produktionsprozesses im Betrieb durch die ArbeiterInnen, und schließlich des Aufbaus von ArbeiterInnenräten - demokratischen Massenorganen in Betrieben und Stadtteilen - sowie Kampf um die Eroberung der Macht. Doch genau dazu war der Stalinismus aber nicht in der Lage, da nämlich seine bürokratische Herrschaft auf der Unterdrückung der politischen Rechte der ArbeiterInnenklasse aufbaute.

Die Bürokratie sah sich folglich genötigt, eine revolutionäre Entwicklung außerhalb der UdSSR in ihrem eigenen Interesse zu verhindern. Die Sowjetbürokratie fürchtete die beispielgebende Wirkung einer erfolgreichen Revolution der westlichen ArbeiterInnenklasse auf das sowjetische Proletariat. Das war auch der wesentliche Grund dafür, weshalb sich der stalinistische Geheimdienst in Spanien - gemeinsam mit den bürgerlichen RepublikanerInnen - an der Zerschlagung der dort entstandenen ArbeiterInnenkomitees und der Ermordung unzähliger antifaschistischer KämpferInnen intensivst beteiligte.

Charakter des Schuschnigg- Regimes

In Österreich wandten die StalinistInnen die Volksfrontpolitik auf die Schuschnigg-Diktatur an (1935/36). Hintergrund dafür bildeten wiederum die Verteidigungsinteressen der Bürokratie, die darum bemüht war, unter Einschluss Österreichs eine neutrale Pufferzone zwischen Deutschland und der UdSSR zu errichten. Von da an versuchte die KPÖ in Einklang mit den außenpolitischen Interessen der sowjetischen Bürokratie, zusammen mit der österreichischen Bourgeoisie eine "anti-nationalsozialistische Front" zwecks Verteidigung der österreichischen Unabhängigkeit gegen Hitler-Deutschland zu bilden. In diese "Front" wollte die KPÖ auch das Regierungslager und die darin beteiligten HeimwehfaschistInnen einbinden.

Die Strategie der österreichischen TrotzkiInnen stand hingegen in diametralem Gegensatz zur Volksfrontpolitik der StalinistInnen und Revolutionären Sozialisten (RS). Ihrer Ansicht nach kam es für die ArbeiterInnenbewegung darauf an, dass sie die Gegensätze und Schwächen des Regimes für sich ausnützen müsse, um die Interessen der ArbeiterInnen (und auch der anderen unterdrückten Klassen) durchzusetzen und die bürgerliche Diktatur von Schuschnigg zu stürzen. Darauf gründete die von Trotzki vertretene Linie des "Zweifrontenkrieges": wer Schuschnigg nicht schlagen kann, wird Hitler nicht aufhalten können. Im Gegensatz zu den StalinistInnen und den RS stand daher für die TrotzkiInnen der Hauptfeind im eigenen Land.

War aber ein Sturz des Regimes eine realistische Perspektive? War die ArbeiterInnenbewegung nach ihrer schweren Niederlage im Februar 1934 nicht zu schwach, um aus eigener Kraft Hitler abzuwehren? Dort, wo die ArbeiterInnenklasse, wie in Spanien oder Frankreich, stark genug war, die faschistische Gefahr zu beseitigen, wurde sie durch die StalinistInnen und ReformistInnen daran aktiv gehindert. Auf die Schwäche der ArbeiterInnenklasse hinzuweisen, kann somit nicht die durch RS und StalinistInnen vertretene Volksfrontpolitik rechtfertigen. Die bürgerliche Diktatur der österreichischen Bourgeoisie stand in Wirklichkeit auf einem äußerst schwachen und labilen Fundament, woraus sich Möglichkeiten für die ArbeiterInnenklasse auftaten, die z.T. auch genützt wurden (z.B. der 36-Stunden Streik der Fiat-ArbeiterInnen im Februar 1936, der Streik der Versicherungsangestellten).

Von dieser objektiven Schwäche des Regimes ging Josef Frey - der Führer der ursprünglichen Hauptorganisation des österreichischen Trotzismus, des Kampfbundes - aus, als er das "Vaterländische Regime" als ein "bloß auf die bewaffnete Staatsmacht sich stützendes bonapartistisches Regime" einschätzte. Was den Bonapartismus der Schuschnigg-Diktatur ausmachte, war die im Unterschied zu einem faschistischen Regime fehlende Massenbasis. Das Kräfteparallelogramm der Schuschnigg-Regierung zeichnete sich dadurch aus, dass es im Inneren unter den ArbeiterInnenmassen isoliert und verhasst war, und das österreichische KleinbürgerInnentum sich zunehmend Hitler und den Nazis zuwandte. Außenpolitisch lavierte Schuschnigg zwischen Italien und Deutschland, und nach dem "Ausgleich" 1936 zwischen Mussolini und Hitler geriet die Diktatur stärker unter Druck von letzterem. Wir lehnen die in der Linken weit verbreitete These ab, dass es sich beim Schuschnigg-Regime um eine faschistische Diktatur handelte. Ein solches Regime wäre viel stärker gewesen. Im Gegensatz zum Bonapartismus verfügt ein faschistisches Regime - v.a. in der Anfangsphase - über eine (kleinbürgerliche) Massenbasis, die es ihm erlaubt, der ArbeiterInnenbewegung eine historische Niederlage beizubringen, die diese auf Jahre hinweg vernichtet. Es stimmt, dass der Bonapartismus Schuschniggs unbestritten faschistische Züge aufwies, die sich in der Regierungsbeteiligung der Heimwehr oder dem ständischen Staatsaufbau ausdrückten. Im Wesentlichen stützte sich das Regime auf die "bewaffnete Staatsmacht". Die Schwäche der Diktatur der österreichischen Bourgeoisie gestattete es dem Regime im Unterschied zu Deutschland oder Italien nicht, der Aktivität tausender illegal aktiver Kader der ArbeiterInnenbewegung trotz ihres Repressionsapparates Einhalt zu gebieten (genauso wenig wie es trotz schärfster Repressionsmaßnahmen ArbeiterInnenstreiks verhindern konnte).

Die Bestimmung des spezifischen politischen Charakters eines Regimes - faschistisch oder bonapartistisch -, macht jedoch nur dann Sinn, wenn daraus konkrete Perspektiven und Aufgaben für die ArbeiterInnenklasse abgeleitet werden. Wegen seiner Einschätzung des bonapartistischen Regimes als isoliert und schwach, hielt der Kampfbund den Sturz der Diktatur mittelfristig für möglich (eine Orientierung,

die unter einem faschistischen Regime abenteuerlich gewesen wäre; die Organisation hätte sich stattdessen auf eine langfristige illegale Arbeit einstellen müssen).

Volksfrontpolitik der KPÖ: Bündnis mit Schuschnigg

Es geht nicht darum nachzuweisen, was nicht nachgewiesen werden kann, nämlich ob nun das Schuschnigg-Regime vor dem März 1938 zu Fall gebracht hätte werden können oder nicht (ungeachtet dessen, dass von einem proletarischen Standpunkt aus betrachtet so und so keine Alternative zum Kampf gegen die bürgerliche Diktatur bestand). Der Kampfbund kritisierte die stalinisierte KPÖ und die in ihrem Sog stehenden Revolutionären Sozialisten (RS) - der linke Flügel der Sozialdemokratie - deshalb, weil sie durch ihre Volksfrontstrategie den Kampf gegen die österreichische Bourgeoisie faktisch einstellten, um einen "Deal" mit Schuschnigg zu erzielen, und zwar ganz unabhängig davon, ob die ArbeiterInnenklasse kampfbereit war oder nicht.

Die ArbeiterInnenklasse war mobilisierbar. Das zeigte sich an den Streiks von 1936 oder auch den Betriebsversammlungen während der Krise vor dem "Anschluss" 1938. Die RS und die StalinistInnen hatten aber gar nicht die Absicht, das vorhandene Mobilisierungspotential der ArbeiterInnenklasse gegen Schuschnigg auszunützen. Ihnen ging es primär darum, das patriotische Regierungslager der "Vaterländischen Front" für den Kampf gegen den "Hauptfeind" Hitler zu gewinnen - ein Ziel, dem eine kämpferische ArbeiterInnenklasse entgegenstand. Denn diese wollte nicht nur gegen Hitler, sondern auch gegen ihren unmittelbaren und langjährigen Unterdrücker Schuschnigg kämpfen. Um das Schuschnigg-Regime nicht zu verprellen, verzichteten die StalinistInnen und die RS darauf, selbst für die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie einzutreten (weil die österreichische Bourgeoisie daran nicht interessiert war). Ihr Maximalprogramm bestand darin, die "Demokratisierung" der bürgerlichen Diktatur anzustreben. Aber die von beiden zeitweilig geforderte "demokratische Verständigung", die sie als Bedingung nannten, um für die "Landesverteidigung" gegenüber Deutschland bereit zu sein, wurde spätestens im März 1938 wieder fallengelassen. Sofern die StalinistInnen und die RS überhaupt demokratische oder soziale Forderungen der ArbeiterInnenklasse aufnahmen, taten sie dies nur wegen ihres Drucks.

Ein Beispiel: die ArbeiterInnen drängten in den Betrieben nach freier Wahl der GewerkschaftsvertreterInnen, um dem enormen Ausbeutungsdruck der UnternehmerInnen entgegenzuwirken. Aber die StalinistInnen unterbanden im Sinne ihrer Volksfrontstrategie jeden Versuch der ArbeiterInnenklasse, sich gegen die Regierung zu wenden. Anstatt den Kampf der ArbeiterInnen zu organisieren, warnte das Zentralkomitee (ZK) der KPÖ in einer Resolution vor einer "Zersetzungsarbeit" von ArbeiteraktivistInnen in den gelben Einheitsgewerkschaften.

Für den Kampfbund waren bürgerlich-demokratische Forderungen Bestandteil seines revolutionär-sozialistischen Programms. Deshalb unterstützte der Kampfbund die vereinzelt demokratischen und sozialen Forderungen der RS und der KPÖ, wovon die weitestgehenden Punkte die "freie Wahl der Gewerkschaftsvertreter" und die "unabhängige Arbeiterpresse" waren. Diese sozialen und demokratischen Forderungen bildeten für den Kampfbund den Ausgangspunkt, um die ArbeiterInnenklasse gegen die Diktatur und für die ArbeiterInnenmacht zu mobilisieren.

Ihre Zeitung, die "Arbeitermacht", erklärte, weshalb die StalinistInnen und LinksreformistInnen den Kampf gegen Schuschnigg abwiegelten: RS und KP wollten die "demokratischen Rechte erschachern, indem sie der Bourgeoisie die Vaterlandsverteidigung als Gegenleistung antragen". Warum sollten aber die StalinistInnen und die RS die ArbeiterInnenklasse gegen Schuschnigg mobilisieren, wenn er ein potentieller Verbündeter gegen Hitler war? Warum sollten die StalinistInnen bzw. RS mobilisieren, wenn sie der Ansicht waren, ein Kampf der ArbeiterInnen stärke ohnedies nur Hitler?

Ergebnis der österreichischen Volksfrontpolitik war, dass die StalinistInnen und die RS Schuschnigg keine einzige noch so minimale soziale oder demokratische Konzession für die ArbeiterInnenklasse abzurufen vermochten. Die KPÖ rühmt sich immer wieder wegen ihres Widerstandes gegen Hitler, den wir nicht schmälern wollen, obwohl wir seine reaktionäre Zielsetzung - einen bürgerlichen Kleinstaat zu errichten - ganz und gar nicht teilen. Die KPÖ vergisst aber darauf hinzuweisen, dass sie vor Schuschnigg wie auch gegenüber Hitler 1938 kampfflos kapitulierte, und aufgrund ihrer Volksfrontpolitik mit der österreichischen Bourgeoisie die österreichische ArbeiterInnenklasse dem deutschen Faschismus wehrlos und unvorbereitet auslieferte.

Anti-trotzkistische Hetze der KPÖ

Während der Stalinismus weltweit Bündnisse mit der Bourgeoisie schloss, machte die Stalin-Bürokratie in der Sowjetunion vermeintlichen und wirklichen Oppositionellen den Schauprozess. Die österreichischen StalinistInnen solidarisierten sich uneingeschränkt mit dem bürokratischen Terror. Für die KPÖ handelte es sich bei den von der Stalin-Bürokratie liquidierten "alten" Bolschewiki Radek, Bucharin, u.a. ohnehin nur um "eine Mörderbande faschistischer Agenten".

Das Zentralkomitee (ZK) der KPÖ machte nach dem Moskauer Vorbild den Trotzismus in Österreich zum Gegenstand eines Beschlusses, laut dem "der Kampf gegen den Trotzismus zu den wichtigsten Aufgaben des antifaschistischen Kampfes der KPÖ gehört". Ja zum Bündnis mit den patriotischen HeimwehfaschistInnen und dem Schuschnigg-Regime, welche die ArbeiterInnenbewegung und tausende ihrer AktivistInnen verfolgte, aber Kampf den vermeintlichen "trotzkistischen Agenten des Faschismus" - so das Fazit der KPÖ-Volksfront-Politik.

Österreich war nicht Spanien, wo Tausende Linksoppositionelle von der stalinistischen Geheimpolizei in die Verhörkammern abgeführt und ermordet wurden (darunter auch der österreichische Trotzist Kurt Landau). Aber auch in Wien waren die StalinistInnen nicht verlegen, Oppositionelle rücksichtslos in der Öffentlichkeit zu denunzieren und sie der Gefahr auszusetzen, an die Polizei ausgeliefert zu werden. Darüber berichtet Georg Scheuer in seinen Erinnerungen "Nur Narren fürchten nichts". Scheuer stand voll bepackt mit illegalen Zeitungen und Propagandamaterial auf der Straße, während er zufällig ein ihm bekanntes KPÖ-Mitglied trifft, der ihn auf offener Straße mit seinem Zivilnamen anspricht: "Du weißt ja, Trotzistenschwein, was jetzt kommt. Wir sind gezwungen, Eure Namen zu veröffentlichen, um die Arbeiteröffentlichkeit zu warnen... verstehst Du Polizeispitzel..."

Die blindwütigen Feindseligkeiten der StalinistInnen setzten sich in den Konzentrationslagern der Nazis fort. Die TrotzistInnen waren für die StalinistInnen die Parias unter den politischen Häftlingen. Ernst Federn war Leitungsmittglied der Revolutionären Kommunisten (RK) und wurde von den Nazis bereits 1938 verhaftet. Federn, dessen trotzkistische Gesinnung den StalinistInnen bekannt war, berichtete über die ihm widerfahrene Behandlung durch die oftmals von StalinistInnen beeinflussten Häftlingsorganisationen: Bei den zu verrichtenden Arbeiten oder ausgeteilten kargen Essensrationen sorgten die stalinistischen Lager-"Capos" üblicherweise dafür, dass ein trotzkistischer Häftling die schlechtesten Arbeiten verrichten musste oder die kleinsten Portionen bekam. Als Karl Fischer im KZ-Buchenwald auf Federn traf, riet ihm dieser deshalb, seine politische Vergangenheit und Gesinnung zu verleugnen, und sich als reumütiger Stalinist zu bekennen, um von den lebensbedrohenden Schikanen verschont zu bleiben.

Linke Opposition in der kommunistischen Jugend

Teile der Jugend in KPÖ und kommunistischem StudentInnenverband - der infolge der Volksfrontwende der KPÖ vom Revolutionären Mittelschülerverband (RMV) in den Antifaschistischen Mittelschülerverband (AMV) umgewandelt wurde - opponierten gegen die Volksfrontpolitik der KPÖ. Daraus ging 1936 eine trotzkistische Opposition hervor, die sich als die Revolutionären Kommunisten Österreich (RK) gründete. Ihr Organ nannte sich der "Bolschewik".

Die RK (Josef Hindels, Georg Scheuer, Ernst Federn, Karl Fischer u.a.) entwickelten im Wiener Untergrund eine sehr rege Aktivität, die rasch der Polizei auffiel. Im Juli 1937 machte der Ständestaat den jungen RevolutionärInnen den "Trotzkisten-Prozess", verurteilte die führenden Leitungsmittglieder der RK zu 5 Jahren schweren Kerkers wegen 'Hochverrats'. Mutig hielt Scheuer vor dem Gericht eine Verteidigungsrede, die er in eine Anklage gegen das Regime umwandelte: "wir Trotzisten kämpfen in Österreich für die Freiheit, die dem Proletariat im Februar geraubt wurde, aber wir führen diesen Kampf mit der Perspektive der Errichtung der Diktatur des Proletariats".

Nach dem März 1938 und der von Schuschnigg ausgesprochenen Amnestie mussten die führenden RK-Mitglieder Österreich verlassen und ins Exil flüchten. Die RK konnten, im Gegensatz zu den anderen trotzkistischen Organisationen, keine illegalen Strukturen aufrechterhalten und zerfielen. Einige ihrer Mitglieder (z.B. Thomas, Pawelka), die im Unterschied zur Mehrheit der RK dem Programm des Trotzismus nach 1945 treu blieben, traten in die IKÖ über.

Die inhaltlichen Positionen der RK

Die RK waren die offiziell anerkannte Sektion der 4. Internationale - des internationalen Zusammenschlusses der TrotzkiInnen. Ebenso wie der Kampfbund lehnten die RK in ihrer Mehrheit eine entristische Arbeit bei den RS ab, obwohl dazu eine ausdrückliche Einladung durch die Wiener Sektionsleitung der RS an sie ergangen war und das IS (Internationales Sekretariat) der 4. Internationale eine Entrismus-Arbeit empfohlen hatte (Der Entrismus ist eine Taktik der TrotzkiInnen, innerhalb reformistischer Massenorganisationen mit dem Ziel mit dem Ziel zu arbeiten, einen Teil für das marxistische Programm und den Aufbau einer revolutionären Partei zu gewinnen; siehe den 1. Teil dieses Artikels). Die jungen RK-GenossInnen verließen bald wieder die Reihen der 4. Internationale. Es war dies eine Entwicklung, die einsetzte, nachdem Georg Scheuer und Karl Fischer, die Teilnehmer an der Konferenz der 4. Internationale 1938 waren, ihre Gründung ablehnten. Nach Scheuer und Fischer handelte es sich um eine "Scheinproklamation".

Die Mehrheit der im französischen Exil lebenden RK-Mitglieder vollzog bald eine vollständige Abkehr vom Trotzismus. Sie sahen in der Sowjetunion keinen degenerierten ArbeiterInnenstaat. Laut der Mehrheit der RK war der "Oktober liquidiert", da sich in der Sowjetunion eine "neue Bourgeoisie" gebildet hatte, die Kriegspositionen der 4. Internationale "sozialchauvinistisch" und das Übergangsprogramm "zentristisch". Einen Beweis für ihre scharfen Kritikpunkte erbrachten die RK jedoch nicht. Die RK glitten ins ultralinke Fahrwasser ab, vertraten aber hinsichtlich der Kriegsfrage revolutionäre Grundpositionen (ausgenommen zur UdSSR, die sie aufgrund ihrer staatskapitalistischen Theorie nicht verteidigten). Die RK leisteten unter den deutschen Wehrmachtssoldaten in Frankreich heroische revolutionär-defätistische Arbeit, verteilten Flugblätter an sie, in welchen sie dazu aufriefen, das "Gewehr umzudrehen" und gegen die eigenen Herrschenden zu richten. Die illegale revolutionäre Arbeit der RK forderte Opfer: Arthur Streicher, RK-Mitglied, starb an den Folgen der Verhaftung durch die Gestapo. Karl Fischer wurde von der Gestapo in Paris verhaftet und in das KZ Buchenwald verfrachtet und auch Melanie Berger ging in die Fänge der Vichy-Polizei.

Die Kombinierte Kriegstaktik von Josef Frey

Am Vorabend des zweiten Weltkrieges entwickelte Josef Frey die Kombinierte Kriegstaktik (KKT). Die KKT hatte für den Kampfbund in mehrerlei Hinsicht eine Reihe folgenschwerer Auswirkungen. Sie spaltete den Kampfbund in vier voneinander unabhängige Gruppierungen. Es gab die Proletarischen Revolutionäre (PR), die "Gruppe gegen den Strom", die Proletarischen Internationalisten (PI) sowie den Restbestand des Kampfbundes. Bereits ab 1940 begann jedoch ein Vereinigungsprozess, der dann auf Drängen des IS (Internationales Sekretariat) der 4. Internationale 1946 zur Vereinigung all dieser Gruppen und der Gründung der IKÖ (Internationalen Kommunisten Österreichs) führte.

Worin bestand nun die KKT? Frey ging von der Tatsache aus, dass sich für MarxistInnen die Situation vor dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges insofern von 1914 unterschied, als nun mit der UdSSR ein (bürokratisierter) ArbeiterInnenstaat existierte. Die Existenz eines "proletarischen Staates" war für Frey ausschlaggebend, um den revolutionären Defätismus in jenen imperialistischen Staaten einzustellen, die entweder mit der Sowjetunion verbündet waren oder in einer losen Interessenkoalition gegen ihren "Hauptfeind" Deutschland standen (Österreich, Frankreich, CSSR...). Unter revolutionärem Defätismus verstehen MarxistInnen die Strategie, auch während eines Krieges den Kampf gegen die eigene herrschende Klasse bis hin zu ihrem Sturz weiterzuführen. Die Niederlage des eigenen Landes im Krieg ist das geringere Übel gegenüber einer Unterordnung des Proletariats unter die AusbeuterInnenklasse. Der Kampfbund forderte des Weiteren die RevolutionärInnen auf, sich in die von der Sowjetunion angeführte "proletarische Weltfront einzugliedern". Außer in den Staaten der faschistischen Achsenmächte Deutschland, Italien und Japan - den "unmittelbaren Hauptfeinden der Sowjetunion" - lehnte der Kampfbund den revolutionären Defätismus somit ab.

Frey hatte den zweiten Weltkrieg als einen "all-imperialistischen" Krieg gegen die Sowjetunion falsch charakterisiert. Die Aggression des deutschen Imperialismus gegen den (degenerierten) ArbeiterInnenstaat war einer von mehreren Aspekten des zweiten Weltkrieges, aber nicht sein wichtigster. Entgegen der Frey'schen Einschätzung handelte es sich beim zweiten Weltkrieg um einen Krieg, bei dem das imperialistische Element das eindeutig dominierende Merkmal war (der deutsche Imperialismus und seine anglosächsischen Rivalen kämpften um die Weltherrschaft). Da es sich aber bei Frey in erster Linie um einen "allimperialistischen" Krieg gegen den "proletarischen Staat" handelte, und die innerimperialistischen Aspekte nur nebensächlicher Natur waren, war für den Kampfbund der zweite Weltkrieg nicht beendet. Frey schrieb 1945 dazu: "Der zweite Weltkrieg ist nur unterbrochen, er geht weiter." Infolgedessen erwartete der Kampfbund nach 1945 eine weitere kriegerische Auseinandersetzung, diesmal zwischen UdSSR und USA.

Die Position der 4. Internationale

Frey betrachtete daher den revolutionären Defätismus als den "Hauptfeind", den es in den Reihen der RevolutionärInnen zu bekämpfen galt. Nach Frey schade der revolutionäre Defätismus der Sowjetunion und nützt nur ihrem "Hauptfeind" Deutschland. Frey behauptete, die KKT wäre ident mit der von der 4. Internationale vertretenen Kriegsposition, ohne dafür aber einen Beleg anführen zu können. Tatsache ist, dass die 4. Internationale in keinem imperialistischen Staat, egal ob der betreffende Staat mit der Sowjetunion verfeindet war oder nicht, den revolutionären Defätismus preisgab.

Wie auch für die Bolschewiki vor dem ersten Weltkrieg stellte sich für die 4. Internationale die Aufgabe, die WeltarbeiterInnenklasse darauf vorzubereiten, den zweiten imperialistischen Weltkrieg in eine internationale proletarische Revolution umzuwandeln. Dazu war es notwendig, dass eine revolutionäre Gruppe, die ArbeiterInnenklasse vor und während des Krieges gegen die Kriegsanstrengungen der herrschenden Klasse mobilisiert, um sie zu schwächen und ihren Sturz vorzubereiten (nichts anderes bedeutet der revolutionäre Defätismus).

Es ging der 4. Internationale darum, die revolutionäre Entwicklung der ArbeiterInnenklasse weltweit zu fördern, denn nur die internationale Revolution ist fähig, den Krieg zu verhindern bzw. war fähig, die noch bestehenden proletarischen Errungenschaften des sowjetischen ArbeiterInnenstaates zu erhalten bzw. zu verteidigen. Die Verteidigung der Sowjetunion war so eine Aufgabe der WeltarbeiterInnenklasse und konnte weder der stalinistischen Bürokratie noch einer der mit ihr zeitweilig verbündeten imperialistischen Mächte überlassen werden. Dies war immer die Grundposition der MarxistInnen gegenüber einem isolierten ArbeiterInnenstaat, egal ob in Friedens- oder Kriegszeiten.

Unserer Ansicht nach war die KKT keine revolutionäre Kriegstaktik, eine Taktik also, die geeignet gewesen wäre, eine revolutionäre Entwicklung der ArbeiterInnenklasse zu fördern, oder einen ArbeiterInnenstaat zu verteidigen. Deswegen war bzw. ist die KKT als eine zentristische Konzeption zurückzuweisen. Daran ändert(e) auch die von Frey eingeforderte "revolutionäre Opposition" nichts, die der Kampfbund an Stelle des revolutionären Defätismus in den mit der Sowjetunion verbündeten imperialistischen Staaten spielen wollte. Gemäß der KKT bestand für den Kampfbund die Hauptaufgabe der ArbeiterInnenklasse darin, in den mit Deutschland verfeindeten imperialistischen Staaten für den Sieg zu kämpfen.

Es konnte nicht die Aufgabe einer revolutionären Organisation sein, eine imperialistische Staatengruppe (den anti-deutschen Block) gegen eine andere imperialistische Staatengruppe (die faschistischen Achsenmächte) zu unterstützen. Denn unabhängig davon, ob sie mit der Sowjetunion verbündet waren oder nicht, führten beide Lager den Krieg ihrer imperialistischen Ziele wegen. Daher war bzw. ist die von Frey aufgestellte These vom "Hauptfeind" abzulehnen. Genauso wenig konnte eine revolutionäre Politik darin bestehen, die Verteidigung der Sowjetunion den mit ihr verbündeten siegreichen imperialistischen Mächten oder der sowjetischen Bürokratie zu übertragen.

Bezüglich der sowjetischen Bürokratie musste unterschieden werden, was an der Sowjetunion zu verteidigen war und was nicht. Die 4. Internationale verteidigte an der Sowjetunion bedingungslos jene Elemente, die vom ArbeiterInnenstaat noch übriggeblieben waren, und welche die Grundlage eines jeden ArbeiterInnenstaates bilden (die verstaatlichten Produktionsmittel, die Planwirtschaft, das Außenhandelsmonopol). Solange die Bürokratie die nach-kapitalistischen Eigentumsverhältnisse verteidigte, war eine militärische Einheitsfront der revolutionären Partei mit ihr gegen jeden imperialistischen Staat an sich zulässig und nötig. Das ist aber etwas anderes, als sich - wie die KKT des Kampfbundes - hinter die Bündnispolitik der Kreml-Bürokratie zu stellen, und zu fordern, den Kampf gegen Teile der imperialistischen "Weltfraktion" einzustellen, und sich auf "revolutionäre Propaganda" zu beschränken. Die Moskauer Bürokratie handelte vom Gesichtspunkt ihrer nationalistisch-konservativen bürokratischen Interessen aus, die sowohl im Widerspruch zu den Erfordernissen der ArbeiterInnenklasse weltweit als auch zum ArbeiterInnenstaat selbst standen. Daran änderte sich auch nichts durch den Kriegszustand mit Deutschland, einem Krieg, den die Stalin-Bürokratie unter chauvinistisch-großrussischer Flagge führte. Anstatt eine "proletarische Weltfront" anzuführen, löste Stalin 1943 die 3. Internationale definitiv auf, um seine imperialistischen Verbündeten zu beruhigen und teilte sich mit den ImperialistInnen auf den Großkonferenzen in Teheran und Jalta noch während des Krieges die Einflusssphären auf.

Wohin des Kampfbundes Hinterhertraben hinter der Bündnispolitik des Kreml führte, veranschaulichte der Hitler-Stalin-Pakt recht deutlich. Frey trat nach dem Abschluss des Paktes trotzdem dafür ein, den revolutionären Defätismus in Deutschland weiterhin aufrechtzuerhalten. Dies war völlig inkonsistent gegenüber der KKT, die in solchen Fällen verlangte, sich in die "proletarische Weltfront" einzugliedern.

Wäre Frey konsequent geblieben, hätte er in der Zeit des Hitler-Stalin-Paktes 1939-41 Nazi-Deutschland gegen Großbritannien und Frankreich unterstützen müssen. Wie sehr der Kampfbund den ArbeiterInnenstaat mit seiner bürokratischen Führung identifizierte zeigte sich in aller Deutlichkeit in den 1950er Jahren. Der Kampfbund sah sich genötigt, gemäß der KKT die Niederschlagung der proletarischen Aufstände in Osteuropa durch die sowjetische Bürokratie "kritisch" zu unterstützen, da sie dem "Hauptfeind" der Sowjetunion nützen würden - dazumal war dies der US-Imperialismus. Wenn aber eine revolutionäre Gruppe aufhört, eine von der stalinistischen Bürokratie und dem ("demokratischen") Imperialismus unabhängige revolutionäre Rolle zu spielen, hat sie es unserer Ansicht nach aufgegeben, für revolutionäre Ziele zu kämpfen. Mit der Strategie der KKT und der mangelnden Korrektur verrannte sich der Kampfbund in den späten 1930er Jahren in eine Sackgasse und wandelte sich in eine zentristische Organisation.

Volksabstimmung im März 1938

Im März 1938 beabsichtigte Schuschnigg eine Volksabstimmung über die österreichische Unabhängigkeit, die unter der Parole "für ein freies, deutsches, unabhängiges, christliches soziales Österreich" stand, durchführen zu lassen. Durch die Annexion durchkreuzte Hitler das Vorhaben Schuschniggs. Die stalinistische KPÖ stellte sich bedingungslos hinter den österreichischen Staat und seine Unabhängigkeit. Die ohnehin geringe Kritik, welche die KPÖ an der reaktionären Schuschnigg-Diktatur äußerte, wurde angesichts der Annexion durch Hitler nunmehr völlig eingestellt. Die superpatriotische Losung der StalinistInnen lautete "Rot-Weiß-Rot bis in den Tod". Die Führung der illegalen freien Gewerkschaften hatte unmittelbar nach dem Februar 1934 der Bourgeoisie klargemacht, "vorbehaltslos" für die Verteidigung der österreichischen Unabhängigkeit bereit zu stehen. Die links von ihr stehenden RS, die bis dahin die "Vaterlandsverteidigung" an eine "Demokratisierung der Diktatur" knüpften, empfahlen ohne Wenn und Aber mit "Ja" zu stimmen.

Der Kampfbund entschied sich im Sinne seiner KKT ebenfalls für eine "kritische" Ja-Empfehlung. Frey schrieb in der "Arbeitermacht": "...ein Boykott würde den Nazis helfen, den deutschen Imperialismus stärken, wodurch das internationale Kräfteverhältnis zum Nachteil des proletarischen Staates verschoben werden ..." würde. Auch die Proletarischen Internationalisten (PI) gaben eine "Ja"-Empfehlung ab, um die österreichische Unabhängigkeit zu verteidigen. Die PI, welche die KKT ablehnten, begründeten ihre Position einerseits mit der "Hauptfeind-These", laut der Deutschland und Hitler der "Hauptfeind" waren. Andererseits waren die PI der Ansicht, die marxistische Position verlange in einem Kriegsfall, Kleinstaaten (Belgien, Österreich) gegenüber "imperialistischen Großmächten" zu verteidigen. Im Gegensatz zu PI und Kampfbund vertrat Trotzki einen revolutionären defätistischen Standpunkt. Trotzki meinte, RevolutionärInnen dürfen den "Unabhängigkeitsschwindel" Schuschniggs nicht mitmachen. Teile der RK knüpften im März 1938 an diese revolutionäre, defätistische Position an, und riefen dazu auf, anstatt das "Ablenkungsmanöver" mitzumachen, den "Generalstreik" gegen Schuschnigg und auch Hitler zu mobilisieren (nach Berichten von Zeitzeugen war die Kampfbereitschaft der Wiener ArbeiterInnenklasse stärker als allgemein angenommen wird). Die PI hatten im Unterschied zum Kampfbund ihren sozialpatriotischen Standpunkt revidiert und die unserer Auffassung nach richtige revolutionär-defätistische Position eingenommen.

Revolutionärer Defätismus und die Volksabstimmung

Von einem marxistischen Standpunkt aus betrachtet war zunächst einmal zu klären, was für einen Charakter jener Staat aufwies, der über seine Unabhängigkeit abstimmen lassen wollte. Bemerkenswerterweise stellten sich die VerteidigerInnen der österreichischen Unabhängigkeit diese Frage von vornherein gar nicht. Ein von einer Großmacht bedrohter und erdrückter Kleinstaat oder die Klassenunterdrückung ergibt genauso wenig eine Charakterisierung eines Staates, wie auf fehlende demokratische Zustände zu verweisen. Demokratische Kleinstaaten wie Belgien oder die Niederlande waren im Besitz von Kolonien und daher eindeutig unterdrückerische imperialistische Staaten.

Mexiko z.B., das unter der bürgerlichen PRI-Diktatur stand, war kein imperialistischer Staat, dafür aber ein vom Imperialismus unterdrücktes und ausgebeutetes Land. Im Unterschied zum demokratischen Belgien hätten MarxistInnen in einem kriegerischen Konflikt zwischen Mexiko und dem Imperialismus Mexiko kritisch unterstützt, denn der Kampf gegen den Imperialismus, der das Land in Rückständigkeit hielt, war fortschrittlich und demokratisch.

Was aber den österreichischen Staat der Zwischenkriegszeit betrifft, so war dieser zweifellos ein - wenn auch äußerst schwacher - imperialistischer Staat, weshalb MarxistInnen das Referendum boykottieren

oder "weiß" abstimmen hätten müssen. Österreich 1938 gegen Hitler zu verteidigen, bzw. seine Eigenständigkeit zu fordern, hätte deswegen bedeutet, sich hinter den österreichischen Imperialismus und seine (imperialistischen) Ziele zu stellen. Imperialistische Zielsetzungen verfolgte der österreichische Imperialismus insoweit, als er sich damals wie heute daran beteiligt(e), Osteuropa und die Balkanstaaten auszubeuten. Insbesondere auf dem Geld- und Kreditsektor verfügt(e) er über eine nicht unbedeutende Stellung. An einer Ausbeutung halbkolonialer Staaten können MarxistInnen nicht interessiert sein, wenn es ihnen mit dem Internationalismus ernst ist.

Im März 1938 handelte es sich zweifellos um eine Annexion, da Hitler ja die Volksabstimmung unterdrückte, wenngleich insbesondere unter dem KleinbürgerInnen und bei Teilen der österreichischen Bourgeoisie starke Bestrebungen existierten, den Anschluss freiwillig zu vollziehen. Aus einem annektierten Staat wird an sich aber noch kein unterdrückter Staat. Belgien z.B., dessen Volk im Gegensatz zu den ÖsterreicherInnen national diskriminiert wurde, behielt nach seiner Annexion durch Deutschland die afrikanischen Kolonien. Aus Belgien wurde daher kein unterdrückter Staat.

Der Fall der österreichischen Bourgeoisie stellte sich anders dar. Die österreichische Bourgeoisie war zu schwach, um in der gegebenen internationalen Kräftekonstellation am Vorabend des zweiten Weltkrieges einen unabhängigen Staat zu erhalten. Sie hatte so nur mehr die Option, sich am imperialistischen Beutezug des deutschen Imperialismus zu beteiligen, oder sich in die "Friedensfront" des französischen Imperialismus einzugliedern, um in dessen Einflussbereich zu schmarmotzen (was ihr die StalinistInnen und ReformistInnen als Alternative zum deutschen Imperialismus anboten).

Es kann nicht Ziel einer ArbeiterInnenbewegung sein, dafür Verantwortung zu übernehmen, wo sich ihre Bourgeoisie die Pfründe am besten verdienen kann. Genauso wenig wie es eine Aufgabe der ArbeiterInnenbewegung sein kann, einen schwachen imperialistischen Staat am Leben zu erhalten, den das Bürgertum schon abgeschrieben hat und für den es nicht mehr bereit ist, auch nur eine einzige Kugel zu verschießen (wie z.B. 1938 in Österreich).

Auch wenn Österreich 1938 eine bürgerliche Demokratie gewesen wäre, hätte dies nichts am revolutionären Defätismus von MarxistInnen geändert. Um der ArbeiterInnenklasse die "Landesverteidigung" eines verhassten Regimes zu erleichtern, machten StalinistInnen und RS ja zeitweise ihre Vaterlandsverteidigung "für ein paar Brosamen" (der Kampfbund) von der Diktatur abhängig. Aber im Gegensatz zu der weitverbreiteten falschen Ansicht über den revolutionären Defätismus bedeutet dieser nicht, 'neutral' gegenüber den demokratischen Freiheiten der ArbeiterInnenklasse und ihrer Organisationen zu sein. Sowohl in Friedens- als auch in Kriegszeiten verteidigt eine revolutionäre Partei grundsätzlich die Errungenschaften der ArbeiterInnenklasse gegen die Angriffe des bürgerlichen Staates. Aber nicht durch Appelle an die "Einsicht" der Herrschenden, sondern durch konsequenten Klassenkampf. Das ist aber etwas gänzlich anderes, als einen imperialistischen bürgerlichen Staat, sein Heer und seine Regierung gegen die "feindliche" Armee zu unterstützen, wie es StalinistInnen und RS im März 1938 forderten. Kampfbund und PI waren eigentlich nur inkonsequent, als sie ihre "Ja-Empfehlung" nicht damit verbanden, offen für die Verteidigung des österreichischen Bundesheeres gegen Hitler einzutreten.

Während des Weltkrieges

Unter den Bedingungen der Nazi-Diktatur und des Weltkrieges war es für die österreichischen TrotzkiistInnen natürlich ungemein schwierig, als politische Organisationen weiter zu existieren. Trotz einiger Opfer gelang es ihnen, ihre Organisationen im Untergrund aufrechtzuerhalten. Sie gaben kleine Untergrundzeitungen heraus, die allerdings nur im engsten Umfeld vertrieben wurden. Bemerkenswert ist es, dass auf Initiative der Proletarischen Internationalisten hin ein Vereinigungsprozess verknüpft mit intensiven Programmdiskussionen in Gang kam, der schließlich im Jänner 1945 zu einer Fusion der meisten Gruppen und der Herausgabe eines gemeinsamen Organs ("Spartakus") führte.

Trotzkismus nach 1945

Die in der Wiener Illegalität arbeitenden TrotzkiistInnen überstanden die Repression des Faschismus weitgehend ungeschoren, was allein schon nicht hoch genug geschätzt werden kann. Als ein amerikanischer Emissionär der 4. Internationale nach 1945 nach Wien kam, konnte er es kaum fassen, nach dem faschistischen Terror noch an die 100 österreichische TrotzkiistInnen am Leben zu finden. Eine Zahl, die den durchschnittlichen Mitgliederstand der sich heute auf den Trotzkismus berufenden Organisationen übertrifft.

1946 vereinigten sich die gespaltenen Gruppen in der IKÖ wieder. Die IKÖ hob sich vom Kampfbund dadurch ab, dass sie seine nationale Beschränktheit überwand und die Bedeutung des Beitritts zur 4.

Internationale erkannte. Für uns verkörpert die IKÖ trotz einiger Mängel bis zu ihrer zentristischen Degeneration in den 1950er Jahren eine revolutionäre Tradition.

Die illegale Arbeit der österreichischen TrotzkiInnen war unter dem deutschen Faschismus von einer überragenden Perspektive bestimmt: Sich auf die revolutionären Kämpfe in einem vom Krieg dardiederliegenden Europa vorzubereiten. Nach 1945 stellte sich aber die vorherrschende Weltlage grundlegend anders dar, als es Trotzki und auch die österreichischen TrotzkiInnen erwartet hatten. Die erwarteten revolutionären Krisensituationen blieben weitestgehend aus (so auch in Österreich). Die österreichische Situation war ein Spiegelbild der nach dem zweiten Weltkrieg gegebenen internationalen Kräfteverhältnisse: KPÖ, SPÖ und ÖVP bildeten eine "volksfrontartige", auf bürgerlicher Grundlage stehende Regierung. Hinzu kam, dass das Land durch die Siegermächte in Besatzungszonen aufgeteilt war.

Die IKÖ trat für den Abzug aller Besatzungsmächte ein, da sie eine Barriere für die Entwicklung des Klassenkampfes der österreichischen ArbeiterInnen darstellten. Man darf nicht vergessen, dass damals kaum ein eigener österreichischer Repressionsapparat existierte (das, was vorhanden war, wie z.B. die Staatspolizei, wurde bemerkenswerterweise von den StalinistInnen aufgebaut). Das heißt, die bewaffnete Staatsmacht war zu einem bedeutenden Ausmaß ident mit den alliierten Besatzungstruppen. Der österreichische - wie überhaupt der europäische - Kapitalismus stabilisierte sich rascher als anzunehmen war, wobei die durch den Marshall-Plan bewirkte Außenhilfe des US-Imperialismus und das relativ geringe Niveau an zerstörten Produktionsanlagen dafür hauptverantwortlich waren (1948 erreichte das Bruttonationalprodukt beinahe das Vorkriegsniveau). Vor allem aufgrund der größer werdenden Schere zwischen Löhnen und Preisen, die durch die sozialpartnerschaftliche Paritätische Kommission festgelegt wurden, entstand innerhalb der ArbeiterInnenklasse Streikbereitschaft (herausragend darunter waren der SchuharbeiterInnen- (1948) und der Oktoberstreik 1950). Doch durch deren Niederschlagung konnte die die österreichische Nachkriegssituation prägende relative Stabilität nicht durchbrochen werden.

Die IKÖ erkannten diese Stabilisierung des österreichischen Kapitalismus auch, aber trotzdem hielten sie an ihrer katastrophistischen Perspektive für den österreichischen Kapitalismus fest. Wie die 4. Internationale generell, so richteten auch die IKÖ ihre gesamte Politik an der Erwartung der Todesagonie des imperialistischen Weltsystems aus. Die IKÖ wie auch der außerhalb der 4. Internationale stehende Kampfbund versäumten es, die Perspektive ihrer Gruppen auf die realen nationalen und internationalen Kräfteverhältnisse einzustellen.

Vor der IKÖ bauten sich außerdem weitere schwere objektive Hindernisse auf, die ihr das in der Illegalität aufgebaute Fundament mehr und mehr unter den Füßen wegzogen. Die Besetzung Ostösterreichs durch die Rote Armee bedeutete ein hohes Sicherheitsrisiko und weitere 10 Jahre illegaler Arbeit für die TrotzkiInnen. Verschärft wurde das Sicherheitsproblem noch durch die Verschleppung von Karl Fischer durch den sowjetischen Geheimdienst. Karl Fischer wurde in den Gulag abtransportiert, wo er 8 Jahre lang darbt. Es war aber dennoch eine Schwäche der IKÖ und des Kampfbundes, es nicht verstanden zu haben, eine stärkere illegale Außenarbeit zu leisten.

Die IKÖ beendet den Kampf für das revolutionäre Programm

Die schlechten äußeren Rahmenbedingungen, äußerten sich zusammen mit der Orientierungskrise in der IKÖ insofern, als Mitglieder begannen, sich sukzessive demoralisiert und enttäuscht zurückzuziehen (1946: an die 100 Mitglieder, 1949: an die 50 Mitglieder, Anfang der 60er Jahre: weniger als 10 Mitglieder). Eine revolutionäre Gruppe kann sich falsche Perspektiven setzen. Damit ist aber nicht gesagt, dass dadurch notwendigerweise das Programm einer Organisation falsch sein muss.

Parallel zur 4. Internationale lässt sich auch in der schrittweisen Anpassung ihrer österreichischen Sektion an die Sozialdemokratie die zentristische Degeneration feststellen. Die 4. Internationale hatte sich anderswo genauso dem Stalinismus angepasst: z.B. an Tito oder Mao. Die IKÖ orientierten sich auf einen Entrismus in die SPÖ. Im Zuge der Entrismus-Perspektive entstand eine Spaltung zwischen Voll- und TeilentristInnen, die sich 1954 wieder vereinigten. Die VollentristInnen waren für den Eintritt der gesamten Organisation in die SPÖ, die TeilentristInnen nicht. Unserer Ansicht nach waren aber für einen Entrismus in die extrem antikommunistisch getrimmte SPÖ der Nachkriegsphase die Voraussetzungen nicht gegeben.

Unter diesen Bedingungen war es unmöglich, innerhalb der SPÖ für revolutionäre Positionen einzutreten, ohne von der Parteiführung ausgeschlossen zu werden. Sowohl die Voll-als auch TeilentristInnen umgingen dieses Problem dadurch, indem sie schrittweise überhaupt darauf verzichteten, innerhalb der SPÖ revolutionäre Politik zu betreiben. Somit bestand das Hauptziel der Voll- sowie TeilentristInnen

darin, anstatt einen revolutionären einen links-reformistischen Flügel herausbilden zu wollen. Wenn aber eine Gruppe wie die IKÖ bewusst darauf verzichtet, revolutionäre Politik zu betreiben, ist sie nicht mehr revolutionär, sondern zentristisch.

Zusammenfassung

Der Mitte der 1920er Jahre entstandene österreichische Trotzismus gründete sich, um in der österreichischen ArbeiterInnenbewegung für eine revolutionäre Führung zu kämpfen. Diesen Anspruch konnten die TrotzistInnen bis jetzt nicht einlösen. Sie blieben von der ArbeiterInnenbewegung isoliert. Trotzdem und trotz unserer prinzipiellen Kritik, die wir in Grundfragen an den Generationen von TrotzistInnen vor uns haben, können wir eine Bilanz ziehen, die sich sowohl gegenüber jener der SPÖ als auch jener der KPÖ sehen lassen kann. Trotz aller Fehler und Schwächen haben die TrotzistInnen im Unterschied zu Sozialdemokratie und Stalinismus niemals vor den UnterdrückterInnen der ArbeiterInnenklasse - Bourgeoisie und Stalin-Bürokratie - kapituliert. Sie haben auch unter den schwierigsten Bedingungen das Banner des revolutionären Klassenkampfes und Internationalismus aufrecht gehalten. Sie haben kompromisslos gegen alle Entstellungen des Marxismus und zentristische Halbheiten gekämpft und den Aufbau einer revolutionären Partei nicht auf bessere Zeiten verschoben. Sie haben damit eine politische Grundlage geschaffen, auf der wir heute aufbauen können. Die Gruppe ArbeiterInnenstandpunkt knüpft an diese Tradition an und setzt die revolutionäre Kontinuität, die durch die zentristische Degeneration der IKÖ in den frühen 1950er Jahren abgerissen ist, fort. Wir sind stolz darauf, unter unseren UnterstützerInnen noch alte KämpferInnen aus dieser Tradition zu wissen. Ihr Werk gilt es heute fortzusetzen.

Organisationen:

* KPÖ (Opposition): 1927-1934

* Kampfbund: 1934 gegründet

Spaltung des Kampfbundes 1937/1938 - 4 Gruppen entstanden: die Proletarischen Internationalisten, die Proletarischen Revolutionäre, die Gruppe gegen den Strom und der (Rest-)Kampfbund

* Revolutionäre Kommunisten (RK): 1936/1937 gegründet, etwa um 1945 zerfallen

* IKÖ: 1946 gegründet - Wiedervereinigung der vom Kampfbund abgespaltenen Gruppen (Auflösung Beginn der 60er Jahre)

* Kampfbund spaltet sich 1947 von der IKÖ ab, bildet separate Organisation - Auflösung Anfang der 1970er Jahre

[Der Text wurde von der Gruppe Arbeiter*innenstandpunkt auf www.arbeiterinnenstandpunkt.net/alt/ast101ftrotzkismus.html ca. 2001 veröffentlicht. Für diese Homepage wurde der Text auf die neue Schreibweise umgestellt, einige wenige Fehler wurden korrigiert.]